

folgt ist, haben die Teilnehmer festgestellt, sie wüßten über die einschlägigen Probleme noch nicht genügend gut Bescheid. Der UNCTAD-Generalsekretär wurde deshalb ersucht, die Staaten um entsprechende Stellungnahmen zu bitten. Diese sollen dann auf einem Expertentreffen erörtert werden, welches seinerseits den Startschuß für Untersuchungen des UNCTAD-Sekretariats geben soll. Danach glaubt man für ein weiteres Vorbereitungstreffen gewappnet zu sein.

**Ölsaaten, -früchte:** Ein formelles Reguli-  
rungsabkommen und insbesondere ein  
Ausgleichslagersystem werden nicht für  
praktikabel gehalten. Auf der dritten Vorbe-  
reitungstagung (Oktober 1979) ist deshalb  
der Beschluß gefaßt worden, Forschungs-  
und Entwicklungsprogramme aufzustellen,  
die die Voraussetzungen für Mittelzuwei-  
sung aus dem sogenannten Zweiten Schal-  
ter des Gemeinsamen Rohstofffonds erfüllen  
würden. Für *Erdnüsse* und *Kokosnüsse* lie-  
gen entsprechende Ausarbeitungen mittler-  
weile vor. Darüber soll auf der vierten Vorbe-  
reitungstagung (2.—6. März 1981) beraten  
werden.

**Phosphate:** Die Arbeit ruht. Auf der zweiten  
Vorbereitungstagung im Juni 1978 sind etli-  
che Staaten, die in diesem Welthandelssek-  
tor eine bedeutende Rolle spielen, nicht ver-  
treten gewesen. Die Zusammenkunft hat  
deshalb nur einen Tag gedauert. Ein wei-  
teres Treffen ist derzeit nicht in Aussicht ge-  
kommen.

**Tee:** Die Ausfuhrländer haben eine Lieferre-  
gulierung auf der Basis von Exportquoten  
und einem kleinen Ausgleichslager vorge-  
schlagen. Im Kreise der Einfuhrländer  
herrscht noch Skepsis, ob ein solches Sys-  
tem praktikabel wäre bzw. überhaupt  
wünschbar ist. Das nächste — dritte — Vor-  
bereitungstreffen ist für Ende Februar 1981  
anberaumt.

**Tropische Hölzer:** Die Chancen für ein inter-  
nationales Übereinkommen scheinen gut zu  
sein. Über dessen vier Grundelemente be-  
steht Einvernehmen: Forschung und Ent-  
wicklung; Ausbau der Verarbeitung in den  
Erzeugerländern; Wiederaufforstung und  
Forstverwaltung; Marktfuktuation (insbe-  
sondere Verbesserung der Informationen  
über die Marktlage). Gegenwärtig wird noch  
an Expertisen und Programmen gearbeitet,  
doch es erscheint möglich, daß bereits das  
nächste — sechste — Vorbereitungstreffen  
im Juli 1981 den Weg für eine Staatenkonfe-  
renz freimacht. NJP

## Sozialfragen und Menschenrechte

### Kamputschea: Entspannung der Versorgungs- krise — Probleme für UNICEF (10)

(Die folgenden Ausführungen setzen den  
Bericht in VN 4/1980 S.141 fort.)

I. Am 10. Dezember 1980 trafen sich in  
New York Regierungsvertreter und die Ver-  
treter der beteiligten Hilfsorganisationen zu  
einer *Zusammenkunft der Geberländer für  
das humanitäre Hilfsprogramm zugunsten  
des kamputscheanischen Volkes*. Schon  
vom Teilnehmerkreis her offenbarte sich das  
greifbar schwindende Interesse der Weltöf-

fentlichkeit am Kamputschea-Problem: Au-  
ßer dem federführenden Weltkinderhilfs-  
werk UNICEF und dem Internationalen Ko-  
mitee vom Roten Kreuz (IKRK) nahmen 20  
Staaten des Westens und der direkt betrof-  
fenen Nachbarländer an der Zusammen-  
kunft teil, während — wie schon bei der  
Genfer »Zusammenkunft« vom 26. Mai 1980  
— der Ostblock keinen Vertreter entsand-  
te.

Insgesamt 63,6 Mill Dollar betrug die Summe  
der Hilfszusagen durch die Teilnehmer. Ge-  
genüber dem veranschlagten Ziel von 236,4  
Mill Dollar — davon 200 Mill bis Ende 1981  
— bedeutet dieses Ergebnis eine deutliche  
Gefährdung der inzwischen erzielten Er-  
leichterungen in und um Kamputschea. So  
äußerte sich der Exekutivdirektor von UNI-  
CEF, James Grant, in seiner Eigenschaft als  
Vorsitzender der Zeichnungskonferenz und  
als Koordinator der Kamputschea-Hilfe be-  
sorgt über die Zukunft des Hilfspro-  
gramms.

Dennoch muß festgehalten werden, daß un-  
ter maßgeblicher Führung der Vereinten Na-  
tionen und ihrer Hilfsorganisationen eine  
Tragödie größten Ausmaßes vorerst abge-  
wendet worden ist: Vor gut einem Jahr war  
das Überleben eines großen Teils aller Kam-  
putscheaner zweifelhaft; ein Fünftel der Ge-  
samtbevölkerung befand sich auf der Flucht  
nach Thailand. Durch die internationale Hilfe,  
die unter Gesamtleitung von UNICEF und  
unter Mitarbeit des IKRK abgewickelt wurde,  
kann heute »vorsichtiger Optimismus«  
(Grant) bezüglich der verbesserten Lebens-  
mittelversorgung, besserer Verteilungsor-  
ganisation und eines Wirksamwerdens der  
Hilfsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ge-  
sundheitsfürsorge in Kamputschea geäu-  
ßert werden.

So wird in Kamputschea nach der Reisernte  
1979/80, die nur 300 000 Tonnen erbrachte,  
die Ernte der Saison 1980/81 auf mehr als  
das Doppelte geschätzt. Diese Entwicklung  
entspricht ansatzweise der Zielvorstellung  
des Entwicklungsprogramms der Vereinten  
Nationen (UNDP), nach der die Selbstver-  
sorgung Kamputscheas mit Lebensmitteln  
angestrebt wird. Optimistische Schätzun-  
gen gehen davon aus, daß dieses Ziel schon  
im Jahre 1982 erreicht werden kann, wenn  
das landwirtschaftliche Wiederaufbaupro-  
gramm erfolgreich ist. Dann wäre auch ein  
weiteres, in den Anfängen schon heute  
sichtbares Ziel erreicht: die Rückwanderung  
der Flüchtlinge aus Thailand nach Kamput-  
schea.

II. Diese auf der New Yorker Zusammen-  
kunft aufgezeigten positiven Entwicklungen  
stehen nach den übereinstimmenden Aus-  
sagen aller Experten unter dem Vorbehalt,  
daß das internationale Hilfsprogramm nicht  
frühzeitig abgebremst wird. Der gerade in  
Gang gesetzte Erholungsprozeß darf nicht  
gefährdet werden. Wiederholt wurde auf die  
fortwährend instabile Lage in Kamputschea  
und an der thailändischen Grenze verwie-  
sen.

Im Widerspruch zu dieser Einschätzung  
stand allerdings die Zeichnungsbereitschaft  
der Geberländer. Nicht nur die weltweit ge-  
spannte Wirtschaftslage, sondern auch  
neue Problemherde bremsen die weitere  
Mittelaufbringung. Nach der ausgeräumten  
unmittelbaren Gefahr akuter Hungersnöte  
unter den Flüchtlingen rückte auch der  
schwelende politische Konflikt in Kamput-

schea wieder in den Vordergrund. Das mani-  
festierte sich deutlich in den Forderungen  
fast aller asiatischer Nachbarländer und der  
Vereinigten Staaten an UNICEF: Die Arbeit  
aller Hilfsorganisationen in Kamputschea  
dürfe in Zukunft ihr humanitäres Mandat  
nicht mehr überschreiten. Keinesfalls dürfe  
dem Regime in Phnom Penh dadurch Ent-  
wicklungshilfe geleistet werden, daß man  
z. B. die verkehrmäßige und industrielle In-  
frastruktur wieder aufbaut oder Ausbil-  
dungszentren für Gesundheits- und Erzie-  
hungswesen errichten hilft. Angesichts  
neuer Ernährungskrisen, insbesondere in  
Afrika, müßten klare Prioritäten festgelegt  
werden.

Eine weitere Gefährdung der internationalen  
humanitären Hilfsaktion in Kamputschea  
stellt der zunehmende Druck auf UNICEF  
und das IKRK dar: UNICEF bleibt formell nur  
noch bis zum 31. März 1981 Koordinator der  
Hilfsaktion, wird aber unter Umständen ge-  
nötigt sein, das Mandat bis Ende 1981 fort-  
zuführen. Das Weltkinderhilfswerk sieht sich  
angesichts der knappen Finanzmittel vor  
dem Problem, als federführende Organisa-  
tion für alle Fehler verantwortlich gemacht  
zu werden und letztlich aus dem eigenen  
Etat Gelder zuzuschießen. Diese Situation  
kann schließlich zur Funktionsunfähigkeit  
der Hilfsorganisation führen.

III. Wenn die internationale Hilfe nicht bis  
zur selbständigen Ernährungsfähigkeit des  
Landes fort dauert, steht zu befürchten, daß  
Kamputschea in die Hungersnot und das  
Chaos der Jahre 1979/80 zurückfällt. Nur  
eine anhaltende Entspannung der Versor-  
gungslage kann Anreiz bieten für eine weit-  
gehende Repatriierung der Flüchtlinge, die  
zur Zeit noch das mit etwa 200 000 eigenen  
Entwurzelten im Grenzgebiet belastete Thai-  
land vor große Probleme stellen.

Eine konsequente Fortführung des Hilfspro-  
gramms schafft Raum für eine notwendige  
politische Lösung ohne Zeitdruck und revi-  
sionsträchtige Übergangsregelungen; der  
Versuch einer politischen Lösung entlastet  
auch die Hilfsorganisationen, die zuneh-  
mend in die Auseinandersetzungen einbe-  
zogen werden. PHR

### Übereinkommen gegen Rassendiskriminierung: Neue Richtlinien zur Vereinheitlichung der Staa- tenberichte — Zusammenarbeit mit der UNESCO — Prüfung von 38 Staatenberichten — Verschie- bung des israelischen Berichts (11)

(Die folgenden Ausführungen setzen den  
Bericht in VN 2/1980 S.62f. fort.)

Vom 24. März bis zum 11. April 1980 trat in  
Genf der Rassendiskriminierungsausschuß  
zu seiner 21. Tagung zusammen; die 22. Ta-  
gung fand vom 4. bis 22. August in New York  
statt.

I. Der deutsche Experte K.J. Partsch war  
Vorsitzender und Berichterstatler einer  
sechsköpfigen Arbeitsgruppe, die seit dem  
Vorjahr mit der Ausarbeitung eines Entwurfs  
zur Neufassung der allgemeinen Richtlinien  
über das Abfassen der Staatenberichte be-  
faßt war. Die Prüfung der Staatenberichte  
hatte in der Vergangenheit wiederholt Lük-  
ken in den Berichten aufgezeigt, die erst  
durch den nächsten periodischen Bericht  
geschlossen werden konnten. Die Revision